



EIN DEUTSCHES SPRICHWORT SAGT:

Wahltag ist Zahhtag!

Aber wer muss eigentlich bezahlen?

Am 10. Mai ist Wahltag im Bundesland Bremen in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren, prominente Bundespolitiker werden bei unzähligen Veranstaltungen in Bremen begrüßt, es werden Hände geschüttelt und fleißig in die Kamera gelächelt. Ihr merkt, die Wahl lässt so manche Partei aktiv werden. Es steht ja auch viel auf dem Spiel, wenn es darum geht, die vielen politischen Posten neu zu besetzen. Gut dotierte Spitzenämter locken doch so manchen aus der Reserve.

„Wahltag ist Zahhtag!“ wirft also die Fragen auf, wofür gezahlt werden muss und wer bezahlen soll. Ein Rückblick auf die Bürgerschaftswahl 2011:

Es gibt eine neue rot-grüne Landesregierung und einen Koalitionsvertrag. Reaktion der GdP Bremen: Getrickst, getäuscht, im Stich gelassen! Der damalige Landesvorsitzende Horst Göbel sowie seine Stellvertreter erläuterten der versammelten Presse die Position der GdP zum rot-grünen Koalitionsvertrag. Horst Göbel: „Wir haben den Eindruck, dass die Koalitionspartner sich wie Autofahrer verhalten, die im dritten Gang 180 fahren und sich wundern, dass der Motor auseinanderfliegt!“ Was folgte war eine Umfrage zum Thema „Wie bewerten Sie Ihre Sicherheit in Bremen?“ Das Ergebnis damals: 43,48% mangelhaft bis 4,35% gut. Hier einige Antworten auf die Frage, was verbessert werden sollte:

- Mehr Polizeipräsenz, um die Zunahme an Raubüberfällen aufzuhalten!
- Mehr 24-Stunden-Revier!
- Mehr Polizei auf der Straße!
- Bessere materielle Ausstattung der Polizei!

Es müssen mehr Gelder in die Polizei und die Justiz investiert werden, damit nicht aus Personalknappheit und überforderten Behörden das Gefühl entsteht, dass kriminelle Strukturen in Bremen durch den Staat nicht aufzuhalten sind!

Derzeit scheinen die Ordnungshüter nur von Einsatz zu Einsatz zu hasten. Die Kontaktbeamten sind doch nur noch Vorzeigebeamte, um Sicherheit vorzugaukeln!

Die gleiche Frage wie 2011

Vier Jahre später könnte man die gleiche Frage wieder stellen – zu recht! Die vergangenen Monate haben gezeigt, die Polizei ist am Ende ihrer Möglichkeiten, aber die Herausforderungen, Belastungen, dramatischen Ereignisse nehmen nicht ab. Auf die Frage, ob der Bereich Inneres von den Einsparzielen verschont blei-

ben kann, erhielt die GdP von Bündnis 90/Die Grünen folgende schriftliche Antwort: „Die Herausnahme des Bereiches Inneres von den Einsparzielen ist nicht realistisch, da dies zu Lasten anderer Ressorts wie Bildung oder Soziales gehen würde. Es wird sicher auch nicht im Interesse Ihrer Mitglieder sein, wenn dadurch keine Mittel für die Neueinstellung von Lehrern oder für soziale Präventionsarbeit mehr verfügbar wären.“

Welche Interessen Menschen in unseren Städten haben, werden wir am Abend des 10. Mai wissen. Dann wissen wir auch, welche Partei für ihre politische Arbeit mit Stimmen zahlen musste.

**Jochen Kopelke,
Polizist und Bremer**



Die Sitzplätze im Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft werden am 10. Mai neu vergeben. Danach darf man gespannt sein auf die Entscheidungen in Sachen Innere Sicherheit

Foto: Bremische Bürgerschaft



WER FÜR BREMERHAVEN IST, WÄHLT!!!

Von Jörg Eilers

Wenn ich auf die letzten vier Jahre rotgrüner Politik zurückblicke, schwillt mir der Kamm, und angesichts der bevorstehenden Wahl wünsche ich mir einen Wandel. Ich möchte schimpfen und ich möchte polarisieren und dann bittet mich der Landesvorsitzende, einen Kommentar zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven zu schreiben.

Manchmal ist es eine wahre Last Bremerhavener zu sein, denn was die

Kommunalpolitik anbelangt, platzt die Wutblase und der Zorn verraucht. Wir können SPD und Grünen in Bremerhaven nichts vorwerfen! Wir stehen vor allem mit der Sprecherin/dem Sprecher im Ausschuss für Öffentliche Sicherheit, Martina Kirschstein-Klingner (SPD) und Claudius Kaminiarz (Die Grünen), im engen Kontakt und arbeiten wirklich gut und gerne zusammen.

Die Opposition besteht im Wesentlichen aus einer Partei und einer Person. Aus der CDU und aus Jan Timke.

Beginnen wir mit Letzterem. Im Ausschuss für Öffentliche Sicherheit und in der Stadtverordnetenversammlung sind Beiträge von Jan Timke fachlich fundiert, da gibt es nichts. Dennoch meiden wir den Kontakt. Die „Bürger in Wut“ sind nach unserem Verständnis eine rechtspopulistische Partei und gehören daher in die Pfui-Bah-Kiste. Wenn wir gerade in Zeiten von „Pegida“ eins in Bremerhaven nicht gebrauchen können, ist das Intoleranz, in welcher Form auch immer!

Vor der letzten Wahl haben wir uns mit der CDU gezoft. Das kommunale Wahlprogramm war uns zu kleinteilig. Außerdem hatten wir den Eindruck, dass die gezielten öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Be-

hördenleiter weder fachlich fundiert noch inhaltlich begründet waren. Wir haben uns darüber konstruktiv gestritten. Das können wir an der Küste sehr gut! Inzwischen schätzen wir die Bremerhavener CDU mit Thorsten Raschen als Sprecher im Ausschuss für Öffentliche Sicherheit als kompetenten Partner in Fragen der öffentlichen Sicherheit in unserer Stadt.

Ja, in Bremerhaven ist alles anders, und weil ich das zweifelhafte Privileg hatte, für die GdP in den Bürgerchaftsfraktionen für die Tarifübernahme 2013 zu werben, kann ich auch ganz genau erklären, worin der Unterschied besteht:

In Bremerhaven fühlen wir uns als Gewerkschaft der Polizei von der kommunalen Politik gewertschätzt. Wenn wir uns über Inhalte streiten, und dazu gibt es auch in Bremerhaven reichlich Anlass, sind unsere Ansprechpartner/-innen interessiert und kompetent. Parteien und Gewerkschaften begegnen sich hier, in Bremerhaven, als Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe. So und nicht anders muss es sein!

Deshalb wünschen wir den demokratischen Parteien Bremerhavens zur Stadtverordnetenversammlung viel Erfolg, und wir wünschen uns allen eine hohe Wahlbeteiligung!

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Juni-Ausgabe 2015**, Landesjournal Bremen, ist der **5. Mai 2015**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

SENIOREN

Reiseplätze freigeworden

Mit der Fachgruppe Senioren an die polnische Ostseeküste.

Es sind kurzfristig Plätze freigegeben!!

Sieben Tage Busreise vom 17. bis 23. Juni 2015 an die polnische Ostseeküste mit Stationen in Swinemünde – Kolberg – Danzig – Stettin. Ausführlicher Reiseablauf: Siehe Ausgabe GdP 12/2014.

Anfragen bzw. verbindliche Anmeldungen: Kollege Eckhard Lindhorst, Tel. (04 21) 55 53 98 oder E-Mail: eckhardlindhorst@web.de

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 12. Mai 2015, 16 Uhr,
Ernst-Barlach-Haus, Am Holzha-
fen 8

Bremen

**Donnerstag, 7. Mai 2015, 15.30
Uhr, Grollander Krug**

Teilnahme: **Mitarbeiter der Firma Syker-Energie-Rath, Partner der GdP-Service GmbH, mit Informationen zum Thema Energiesparen u. a.**

Wolfgang Karzenburg



WAHLEN IN BREMEN

Daten und Fakten zur Bürgerschaftswahl 2015

Am 10. Mai ist es soweit: Fünf Kreuze unserer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremen und Bremerhaven entscheiden über das neue Parlament unseres Bundeslandes. Neben der Bürgerschaft/Landtag werden noch Kommunalwahlen für die Stadtbürgerschaft Bremen und Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen und die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven durchgeführt.

Für die 68 Sitze in der Bremischen Bürgerschaft im Wahlbereich Bremen wurden zehn Parteien und Wählervereinigungen zugelassen:

- SPD 68 Bewerber/-innen
- CDU 51 Bewerber/-innen
- Bündnis 90/Die Grünen 45 Bewerber/-innen
- Die Linke 16 Bewerber/-innen
- FDP 33 Bewerber/-innen
- BIW (BÜRGER IN WUT) 20 Bewerber/-innen
- Piraten (Piratenpartei Deutschland), 7 Bewerber/-innen
- AfD (Alternative für Deutschland) 16 Bewerber/-innen
- Die PARTEI (Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative) 45 Bewerber/-innen
- PARTEI MENSCH UMWELT TIER-SCHUTZ (Tierschutzpartei) 2 Bewerber/-innen

Die zehn Parteien und Wählervereinigungen haben insgesamt 303

Kandidaten aufgestellt – 199 Männer und 104 Frauen.

Spitzenkandidaten für das Amt des Bürgermeisters/Ministerpräsidenten sind Jens Böhrnsen (SPD), Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Elisabeth Motschmann (CDU), Kristina Vogt (Die Linke) und Lencke Steiner (FDP – aber parteilos).

Weitere Informationen zur Wahl in Bremen und Bremerhaven findet ihr unter www.wahl.bremen.de

Daten und Fakten zur Polizei und dem Stadtamt

Unsere Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Polizei Bremen, der Ortspolizeibehörde Bremerhaven und dem Stadtamt blicken mit gemischten Gefühlen auf die zurückliegende Legislaturperiode der rot-grünen Koalition. Neben Personalabbau, steigender Arbeitsbelastung durch zusätzliche Aufgaben wurde zwangsweise das Pensionsalter angehoben, die Versorgungsbezüge abgesenkt, eine verfassungswidrige Besoldungsübernahme beschlossen, eine Kennzeichnungspflicht eingeführt und vieles mehr.

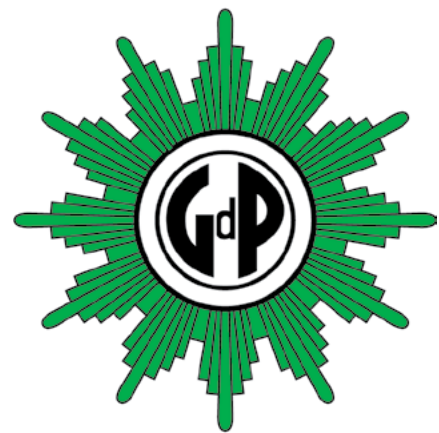
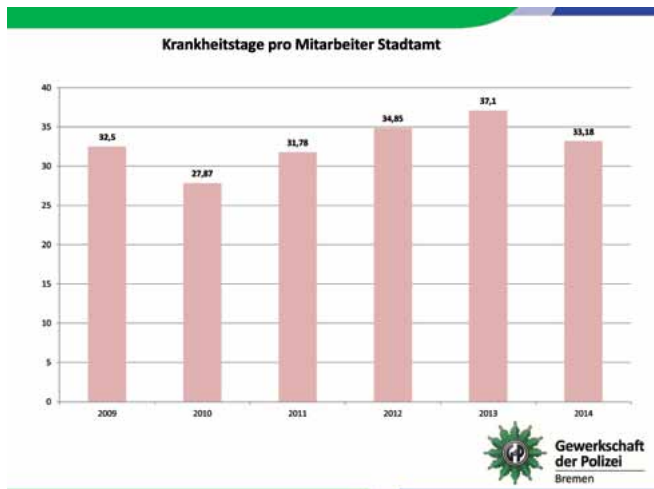
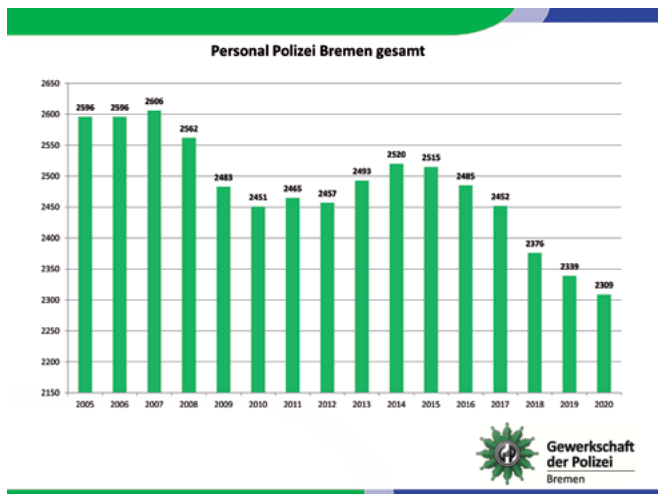
Das Stadtamt Bremen verfügt immer noch nicht über eine Stellenbewertung, ein Geschäftsverteilungsplan befindet sich „in Arbeit“. Die Krankenquote beim Stadtamt ist auffällig hoch, Verbesserungen sind nicht in Sicht.

Die Anzahl der Polizeieinsätze steigt, die Einsätze dauern länger

und müssen von immer mehr Polizistinnen und Polizisten bewältigt werden. Der Personalkörper der Polizei wird aber gleichzeitig verringert. Einstellungszahlen schwanken, Haushaltssperren geben ihr Übriges dazu und Überstundenberge werden nur minimal kleiner.

Polizeipräsident Lutz Müller ist die Monate vor der Wahl damit beschäftigt, Bereiche zu finden, in denen Stellen gestrichen werden können, dabei sind die Sicherheitsbehörden personell an ihren Grenzen angekommen.




Wir brauchen ein Umdenken für den Bereich der Inneren Sicherheit in Bremen und Bremerhaven.



Bürgerschaftswahl 2015

Wahlprüfsteine der GdP Bremen

Die Gewerkschaft der Polizei Bremen hat den hier aufgeführten Parteien Wahlprüfsteine zukommen lassen. Die Antworten haben wir kurz und knapp zusammengefasst.

| GdP Forderung | SPD | CDU |
|---|---|---|
|  Gewerkschaft der Polizei Bremen |  |  |
| Personalstärke Polizei | | |
| Polizei Bremen 2600 | jetzigen Stand halten | 2600 |
| Ortspolizeibehörde 487 | jetzigen Stand halten | 480 |
| jährliche Einstellungen | keine Angaben | Anpassung an Zielzahlen |
| Misstände im Stadtamt Bremen beheben | Optimierung der Personalausstattung | ja |
| Übernahme von Tarifergebnissen 1:1 | keine Zusage 1:1 | inhaltsgleich |
| Überstunden reduzieren | abhängig von Haushaltsmitteln | 300.000€ zusätzlich |
| mehr Beförderungen und Hebungen | keine Angaben | Anpassung Planstellen |
| Erhalt der Freien Heilfürsorge | ja | ja |
| Zulagen erhöhen | Anpassung erforderlich | nein, Anpassungen aber erforderlich |
| Rückkehr zur besonderen Altersgrenze (60) | nein | ja |
| Kennzeichnungspflicht rückgängig machen | nein | ja |
| besserer Schutz von PVB | besserer strafrechtlicher Schutz, Einführung Bodycam, | §115 StGB |
| Modernisierung von Dienstgebäuden | je nach Dringlichkeit | ja |

Hinweis: Die Antworten sind stark verkürzt. Die einzelnen Antworten können im Detail im Internet nachgelesen werden.



WAHLEN IN BREMEN

Stand: 02.04.2015

| Bündnis 90/ Die Grünen | Die LINKE | FDP |
|---|---|---|
|  |  |  |
| 2500 | 2600 | mehr als jetzt |
| 474 | 480 | mehr als jetzt |
| keine Angaben | 120 | mehr und zusätzliche anhand der Abgänge |
| am jetzigen Kurs festhalten, um Ergebniss festzustellen | ja | Aufgabenkritik |
| Verhandlungen mit Gewerkschaften, keine Zusage 1:1 | zeit und inhaltsgleich | ja |
| derzeitige Regelung beibehalten | Lösung im Sinne der Beschäftigten | zeitnahe Auszahlung |
| wenn Auswirkungen auf den Haushalt neutral bleiben | Stellenpläne reformieren | nein |
| Änderung der Selbstbeteiligung prüfen | ja | ja |
| nicht möglich aufgrund der Haushaltslage | ja, 5€ DUZ | nicht beabsichtigt, aber möglich |
| nur Möglich bei Personaleinsparung | ja | Rückkehr unmöglich |
| nein | nein | ja |
| keine Strafverschärfungen, Dialog mit Gewerkschaften, öffentlichen Respekt | ja, aber kein §115 StGB | Modernisierung der Ausrüstung |
| der Neubau in Horn-Lehe war mehr als überfällig | Sanierungsprogramm, "Wache 2000" umsetzen | Sanierungs- und Renovierungsstau abbauen |

WAHLEN IN BREMEN

GdP-Mitglieder auf den Wahllisten

Wer die Listen für die Bürgerschaftswahl 2015 aufmerksam gelesen hat, wird feststellen, dass einige GdP-Mitglieder darauf zu finden sind. Als Gewerkschaft der Polizei begrüßen wir diesen Schritt in Zeiten des Persönlichkeitswahlrechts.

Wir drücken unseren GdP-Mitgliedern die Daumen für die Wahl im Mai. Rückfragen an die Kandidatinnen und Kandidaten sind möglich, wendet euch dafür einfach per E-Mail oder Telefon an die SPD info-bremen@spd.de oder die CDU info@cdu-bremen.de.

Auf der Internetseite www.abgeordnetenwatch.de/bremen ist ein

Kandidaten-Check aller Kandidatinnen und Kandidaten freigeschaltet. Dabei wurden Fragen nach Positionen zu ausgewählten Thesen gestellt. Darunter befindet sich auch die These zu mehr Polizeipräsenz auf den Straßen in Bremen und Bremerhaven. Der Link ist auch auf www.gdp.de/Bremen „Bürgerschaftswahl“ zu finden.



Raimund Kasper,
SPD Bremen Liste 1 – Platz 21



Dr. Angela Stoklosinski,
SPD Bremen Liste 1 – Platz 4



Holger Welt,
SPD Bremerhaven Liste 1 – Platz 11



Peter Bortchert,
SPD Bremerhaven Liste 1 – Platz 12



SPD Bremen Fotograf Patrice Kunte

GESCHÄFTSSTELLE

Am Tag nach Himmelfahrt geschlossen

Unsere Geschäftsstelle bleibt am 15. Mai 2015 geschlossen. Unser nettes Team steht euch am 18. Mai wieder wie gewohnt zur Verfügung.



Wilhelm Hinners,
CDU Bremen, Liste 3 – Platz 15 Fotos: CDU



Marco Lübke,
CDU Bremen, Liste 3 – Platz 26



Franz Roskosch,
CDU Bremen, Liste 3 – Platz 51



MUSTERKLAGE**BVerfG entscheidet am 5. Mai!****Sonderzuwendung und Besoldungs-/Versorgungsanpassung 2011/2012**

Die GdP erhob 2007 wegen der Streichung der Sonderzuwendung vier Klagen beim VG Bremen. 2009 haben die jeweils zuständigen Kammern beim VG Bremen entschieden, die Verfahren auszusetzen bzw. ruhend zu stellen. Hintergrund dieser Entscheidung waren mehrere beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) abhängige Verfahren zum Thema „angemessene Alimentation von Beamten“. Das BVerfG hat in der Folgezeit in einigen Verfahren entschieden. Diese Entscheidungen waren aber deshalb nicht hilfreich, weil man die Vorlagen als unzulässig zurückgewiesen hatte mit der Folge, dass in der Sachfrage selbst keine Entscheidung erfolgte.

Derzeit sind noch die Vorlagen des OVG Nordrhein-Westfalen, Az. 2 BvL 17/09 und 18/09 zum Thema „Verfassungsmäßigkeit der Richter- und Beamtenbesoldung“ beim BVerfG anhängig. Diese sollten eigentlich schon 2012 vom 2. Senat entschieden werden, hinzugekommen waren in der Zwischenzeit aber vier Vorlagen des VG Halle, Az. 2 BvL 3/12 bis 6/12, sowie eine Vorlage des VG Koblenz, Az. 2 BvL 1/14, zur selben Thematik.

Am 3. Dezember 2014 fand die mündliche Verhandlung vor dem BVerfG zu diesen sieben Normkontrollverfahren statt. Für den 5. 5. 2015 ist nun die Urteilsverkündung anberaumt. Diese Entscheidung wird für die beim VG Bremen anhängigen GdP-Musterverfahren zur Sonderzuwendung grundlegend sein.

Wegen der nicht zeit- und inhaltsgleichen **Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge 2011/2012** sind seit Dezember 2011 zwei GdP-Musterklagen beim VG Bremen anhängig. Auch in diesen Fällen wartet das VG auf die Entscheidung des BVerfG, um diese Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Wir erwarten die Entscheidung am 5. Mai 2015 deshalb gespannt und werden informieren, sobald uns die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt.

RAin Dr. Claudia Albrecht-Sautter,
Gewerkschaftssekretärin

TARIFVERHANDLUNGEN**Tarifabschluss 2015/2016**

Die Tarifbeschäftigten in unserer GdP sind eine wichtige Gruppe. 1960 gelingt der erste Abschluss von Anschlussstarifverträgen, die eine Einkommensverbesserung von 7% bringen und gleichzeitig die Tariffähigkeit und die Stellung der GdP als Berufsorganisation untermauern.

Um die Interessen der Tarifbeschäftigten im Polizeidienst besser vertreten zu können, bildet die GdP 1963 eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Drei Jahre darauf tritt die GdP erstmals als selbstständiger Tarifpartner bei dem Abschluss der damaligen Tarifverträge auf.

**Zwei Tarifverträge:
TVÖD und TV-L**

Seit 2006 gibt es zwei unterschiedliche Manteltarifverträge im Bereich des öffentlichen Dienstes. Einmal den TVÖD für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einflussbereich des Bundes und der Kommunen, und den TV-L, den Tarifvertrag für die Länder. Die GdP ist an den Tarifverhandlungen direkt beteiligt, für uns verhandelte unser Bundesvorsitzender Oliver Malchow.

In der am 28. März 2015 in Potsdam stattgefundenen vierten Verhandlungsrunde kam es in den späten Abendstunden nach langwierigen, schwierigen und teilweise dramatischen Verhandlungen zu einer Einigung. In den ersten drei Verhandlungsrunden wurde lediglich über die VBL und die Entgeltordnung der Lehrer diskutiert. Bei der Entgeltordnung gab es in der vierten Verhandlungsrunde leider keine Einigung.

Der Tarifabschluss im Einzelnen

2,1% ab 1. März 2015, weitere **2,3%** ab 1. März 2016, mindestens aber 75 Euro.

Laufzeit 24 Monate (bis zum 31. Dezember 2016).

Erhöhung Auszubildendenvergütung ab 1. März 2015 Festbetrag um 30 Euro, ab 1. März 2016 um einen weiteren Festbetrag von 30 Euro.

Urlaubsanspruch einheitlich 28 Tage im Kalenderjahr bei Fünf-Tage-Woche.

Beschäftigungssicherung: Ab 1. Januar 2015 wird der § 19 TVA-L BBlG verlängert.

Befristete Arbeitsverhältnisse: Über die befristeten Beschäftigungsverhältnisse ist bereits eine Untersuchung von Bund und Gewerkschaften bzgl. der Befristungspraxis im öD in Auftrag gegeben worden; anschließend werden die Verhandlungen mit den Ländern hinsichtlich eines Handlungsbedarfs aufgenommen.

Zusatzversorgung: Es wird keine Leistungskürzungen geben!

Ebenfalls wird es keinen Austausch der Sterbetafeln geben. Durch eine notwendige Erhöhung der Beiträge zur VBL für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird eine Stabilisierung der Altersversorgung gewährleistet.

In der **VBL Ost** wird lediglich der Arbeitnehmerbeitrag zur Kapitaldeckung von derzeit 2,0% erhöht:

auf insges. 2,75% ab 1. Juli 2015,
auf insges. 3,50% ab 1. Juli 2016,
auf insges. 4,25% ab 1. Juli 2017.

Im Umlageverfahren tragen die Arbeitgeber künftig einen entsprechenden Finanzierungsanteil, d. h. eine Umlage von 1,0% bis zu 3,25%.

In der VBL West wird der Arbeitnehmerbeitrag zur Umlage von derzeit 1,41% angehoben:

auf insges. 1,61% ab 1. Juli 2015
auf insges. 1,71% ab 1. Juli 2016
auf insges. 1,81% ab 1. Juli 2017

Die Arbeitgeber tragen somit eine Umlage von 6,45% bis zu 6,85%.

Zudem haben die Gewerkschaften des öD erreicht, dass die VBL für 10 Jahre unantastbar bleibt, aufgrund des festgeschriebenen Kündigungstermins für den TV ATV zum 31. Dezember 2024.

Jahressonderzahlung Tarifgebiet Ost:

Nach intensivem jahrelangen Druck seitens der Gewerkschaften des öD auf die Arbeitgeber mussten diese nachgeben. Die Jahressonderzahlung Ost wird innerhalb von fünf Jahren auf das Westniveau angehoben und folglich festgeschrieben.

Die Gewerkschaft der Polizei Bremen bedankt sich bei den engagier-

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

ten Mitgliedern, die durch ihre Streikbereitschaft zu diesem Ergebnis beigetragen haben! Vielen DANK für die Unterstützung bei den Warnstreiks und den Großdemonstrationen in Bremen und Hannover!

Nachdem das Tarifergebnis feststand, forderte die GdP Bremen den Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und die Finanzsenatorin Karoline Linert (Bündnis 90/Die Grünen) zur zeit- und wirkungsgleichen Übernahme für den Beamten- und Versorgungsbereich auf. Bei Redaktionsschluss lag noch keine Äußerung der Landesregierung vor.

Der Landesvorstand

JOY Fitness neuer Kooperationspartner der GdP Bremen!

Ab sofort haben alle GdP-Mitglieder die Möglichkeit, zu einem stark rabattierten Kooperationspreis bei JOY Fitness (ehemals ATELCO Computer) zu trainieren und sich in der Sauna zu entspannen.

Schon **ab 9,99 Euro im Monat** (zzgl. einer einmaligen Aufnahmegebühr von 39,99 €) kann der gesamte Cardiopark, alle Kraftgeräte und der Freihantelbereich sowie das komplette LesMills-Kursangebot und die Sauna genutzt werden. Natürlich stehen euch auch fachkundige Trainer zur

Seite, welche mit euch individuelle Trainingspläne erstellen. Kostenlose Parkplätze sind sowohl vor als auch hinter dem Gebäude ausreichend vorhanden. Keine zusätzlichen Trainerpauschalen! Keine jährlichen Beitragsanhebungen! Dieses Angebot lässt wirklich keine Wünsche offen!

Einfach bei JOY Fitness in der Föhrenstraße 81-83 (Ecke Pfalzburger Straße) in 28207 Bremen vorbeischaun, den GdP-Mitgliedsausweis vorzeigen und bei Vertragsabschluss einen satten GdP-Rabatt sichern!!!

GdP-SERVICE-GMBH

JOY FITNESS

stark limitierter Sonderbeitrag nur für Mitglieder der GdP

Mitgliedschaft 24 Monate:
9,99 EUR pro Monat
 einmalige Aufnahmegebühr: 39,99 EUR

Mitgliedschaft 12 Monate:
16,99 EUR pro Monat
 einmalige Aufnahmegebühr: 39,99 EUR

Jetzt einen Termin zum Probetraining vereinbaren!

Die Mitgliedschaft beinhaltet:
 individuelle Trainingsplanerstellung
 Nutzung des gesamten Trainingsbereiches
 Alle Kurse inklusive!
 Sauna und Duschen inklusive

JOY Fitness Bremen | Föhrenstraße 81-83 | 28207 Bremen | Tel. 0421-96038000 | www.joy-fitness.de

